



Fahnden mit der „Kronen Zeitung“

Am Wochenende suchte die Polizei bei einer Schwerpunktaktion Autodiebe und illegal eingereiste in fünf Bundesländern. Die „Krone“ durfte Interessierte bereits am Freitagabend über die Kontrollen informieren.

Tobias Müller

Wien – 13 Menschen wurden verhaftet, vier gestohlene Autos sichergestellt, Diebsgut im Wert von 5000 Euro gefunden – das ist die Bilanz einer Schwerpunktaktion der Polizei am Wochenende. 900 Beamte überprüften dafür 12.100 Personen an 190 Kontrollpunkten in Wien, Niederösterreich, im Burgenland, in der Steiermark und in Kärnten. 100.000 Euro kostete die Aktion, vor allem Autodiebe und illegale Migranten sollten gefasst werden. „Die Schwerpunktaktion unterstreicht einmal mehr: Wir gestalten Sicherheit“, sagte Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) bei der Präsentation der Bilanz am Montag.

Diesmal ihr Mitgestalter: die *Kronen Zeitung*. „Polizei macht die Ostgrenzen dicht“, titelte das Blatt bereits in seiner Ausgabe am Freitagabend, kurz nachdem die Aktion angelaufen war (siehe *Faksimile*). „Es war Teil unserer Strategie, Medien miteinzubinden“, erklärt Martin Brandstötter, Sprecher von Ministerin Fekter. „Wir wollten Staub aufwirbeln und sehen, wohin die Kriminellen ausweichen.“ So seien nicht nur Uniformierte an Hauptverkehrsadern wie dem Wiener Gürtel oder der Tangente im Einsatz gewesen, sondern auch Beamte in Zivil, die an den Ausweichrouten kon-



Franz Lang, Direktor des Bundeskriminalamtes, Innenministerin Maria Fekter und Herbert Anderl, Generaldirektor für öffentliche Sicherheit (v. li.), präsentierten die Bilanz der Schwerpunktaktion. Foto: APA

trollierten. „Die Täter lesen solche Medien genau“, sagt Alexander Marakovits, Sprecher des Bundeskriminalamts. Zwar gingen dann nicht so viele ins Netz, dafür könnten aber Informationen gesammelt werden über die kriminellen Organisationen: Wie verhalten sie sich, wenn Kontrollen angekündigt werden? Wie ändern sie ihr Verhalten? Wohin weichen sie aus? Solche Informationen, gesammelt bei früheren Schwer-

punktaktionen, hätten auch bei den jüngsten Festnahmen georgischer Einbrecher geholfen. Vorgangene Woche waren europaweit 84 Georgier verhaftet worden, 48 davon in Österreich. Sie sollen einer „mafiosen Organisation“ angehören und für etwa 30 Prozent der Wohnungseinbrüche in Wien im vergangenen Jahr verantwortlich sein.

Von jenen 13 Verhafteten, die

am Wochenende bei den Kontrollen festgenommen wurden, wurden sechs wegen „illegaler Migration“ verhaftet – also nicht wegen einer Straftat, sondern wegen eines Verwaltungsdelikts. Vier Personen wurden wegen Geschäftseinbruchs verhaftet, zwei wegen Kfz-Diebstahls. Insgesamt wurden in Österreich im Vorjahr 5297 Autos gestohlen, 1860 wiedergefunden – etwa 35 Prozent der Fahrzeuge.

Für die kommenden Wochen sind weitere Schwerpunktaktionen, vor allem der Soko Ost, geplant. 336 Personen, davon 211 wegen illegaler Migration, konnte die Gruppe bisher festnehmen. Sie war im Juli 2009 gegründet worden, um bundeslandübergreifend gegen Einbrecher und illegale Einwanderer in Ostösterreich vorzugehen.



Die Schlagzeile der „Kronen Zeitung“ erschien schon am Freitagabend, kurz nach Beginn der Aktion.

Prozess nach unangemeldeter Anti-Fekter-Demo

Markus Peherstorfer

Salzburg – Eine nicht angemeldete Protestkundgebung gegen die Asylpolitik von Innenministerin Maria Fekter (ÖVP) hat in Salzburg ein gerichtliches Nachspiel. Auf der Anklagebank saßen am Montag zwei Brüder, Jan (27) und Nathanael J. (24). Ihnen wirft der Staatsanwalt Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere Körperverletzung vor. Auf beide Vergehen stehen jeweils bis zu drei Jahre Haft. Die Brüder sehen sich als Opfer von Polizeivillkür.

Eigentlich war der Protest am Beginn eines Vortrags der Innenministerin im Salzburger Wifi friedlich verlaufen: Am Eingang des Vortragssaals wurde Fekter von etwa zwei Dutzend Demonstranten mit Parolen wie „Ausländer bleiben, Fekter vertreiben“ empfangen und als „Ministerin für Lager und Deportation“ bezeichnet. Als eine Viertelstunde später die Polizei eintraf, verließen die Teilnehmer der Kundgebung freiwillig das Gebäude. „Letztendlich hat die Innenministerin diesen Vortrag auch unbehelligt durchführen können“, betonte am Montag die Verteidigerin der beiden Brüder.

Nachdem vor dem Gebäude Schweizerkracher explodierten und ein Polizist den mutmaßlichen Werfer anhalten wollte, kam es aber zu „tumultartigen Szenen“, berichteten die einvernommenen Beamten einhellig. Jan J. habe sich von hinten auf den einschreitenden Polizisten gestürzt und ihn mit einem Tritt am Knie verletzt; dann habe sich Nathanael J. in die Verhaftung eingemischt und sei selbst verhaftet worden, sich aber heftig gewehrt. Die Angeklagten bestreiten das. Das Verfahren wurde vertagt.

derStandard.at/Panorama

Abstürzende Computer und Gewalt in der Kunst vor Gericht

Fortsetzung der Einvernahmen im Tierschützerprozess

Roman David-Freihsl

Wiener Neustadt – Zum Auftakt der vierten Prozesswoche im sogenannten Tierschützerprozess beginnt am Montag die Einvernahme des Fünftangeklagten – dem vorgeworfen wird, einer „kriminellen Organisation“ beim Verschlüsseln von Texten behilflich gewesen zu sein. Richterin Sonja Arleth hält dem 33-jährigen Beweismittel aus der Anklage vor. Ob er bei Computern des Vereins gegen Tierfabriken (VgT) Back-ups durchgeführt, Spam-Filter installiert und Zeitschriften in PDF-Dateien konvertiert habe. Eine Mail wird zitiert: „Der Computer vom Martin ist total langsam, der Computer der Veganer Gesellschaft stürzt oft ab...“ Der Angeklagte ergänzt: „Da sollte ich auch ein Kabel anstecken.“ „Haben Sie das getan“, fragt die Richterinnen mehr der Ordnung halber denn nachforschend. „Ja, das könnte sein“, sagt der Angeklagte.

Kern des Vorwurfs sind Hilfestellungen bei Textverschlüsselungen. „Derartige Programme werden vom Innenministerium

empfohlen“, erklärt der 33-Jährige. „Sie werden auch von Amnesty International angewandt.“

Zuvor hatte Richterinnen Arleth die politische Einstellung des Angeklagten erforscht: „Sehen Sie sich als linksradikal?“ Der Angeklagte: „Ich bin froh, dass ich mich als linksradikal und nicht als rechtsradikal sehe. In dem Sinn, dass ich Kapitalismus scheiße finde. Aber das hat nichts mit Gewalt zu tun.“ Im Übrigen habe er „bis zum Mai 2008 nicht gedacht, dass so ein Verfahren möglich wäre“.

GERICHT

Richterinnen: „Nur so nebenbei: Auch ich habe nicht gedacht, dass ich jemals so ein Verfahren führen muss.“ Verteidiger Josef Phillip Bischof: „Er ist nur in der unangenehmeren Rolle.“

Und davor wurden die Werke eines Tiroler Künstlers und Tierschutzaktivisten erläutert. Ob jener sich mit Gewalt identifiziere, fragt Arleth. „Ästhetisch ja“, sagt der Angeklagte und fragt, ob er zu diesem Thema Werke von Gottfried Helnwein und des Aktionisten Günter Brus vorlegen dürfe. „Ja“, sagt die Richterinnen. „Ich interessiere mich für Kunst.“

„Deutsch ist für uns eine Fremdsprache“

Ein Modellversuch soll gehörlosen Studierenden den Zugang zum Studium erleichtern

Astrid-Madeleine Schlesier

Wien – Gehörlose kämpfen beim Zugang zu Bildung mit großen Hürden: in Österreich gibt es nur 20 bis 40 gehörlose Studierende.

Das soll sich nun mit dem Modellversuch Gehörlose Studierende (Gestu) an der Technischen Universität Wien ändern. Ziel des Projekts ist es, Gehörlosen den Zugang zum Studium zu erleichtern und ihnen ein Absolvieren innerhalb der gleichen Zeit wie Hörende zu ermöglichen. Das Projekt wurde letzte Woche vom Wissenschaftsministerium bewilligt, was die Grünen-Politikerin und erste gehörlose Nationalratsabgeordnete Österreichs, Helene Jarmer, die das Projekt unterstützt, sehr überrascht: „Im Jänner hat es noch geheißen, es gibt keine finanziellen Mittel“, meint sie beim Pressegespräch mit dem STANDARD.

Gehörlose können ohne Dolmetscher auf der Universität kaum zurecht kommen. Einfach Mitschriften zu organisieren und Skripten zu lernen funktioniert nicht: „Deutsch ist eine Fremdsprache, unsere Muttersprache ist die Gebärdensprache“, sagt Barbara Hager, Vorsitzende des Vereins Österreichischer Gehörloser Stu-

dierender. Probleme gebe es auch mit Professoren, „viele akzeptieren keine Dolmetscher und wollen uns nicht mündlich prüfen“, sagt sie.

Eine weitere Hürde ist der finanzielle Aufwand, ein Dolmetscher kostet pro Stunde 80 Euro. Unterstützung bekommen Gehörlose kaum, die Rechtslage sieht in Österreich – anders als in Deutschland – keine Kostenübernahme vor. Wird ein Antrag bewilligt, gibt es 450 Euro monatlich, damit ist eine Vorlesung im Semester gedeckt. „Mit der jetzigen

Regelung brauche ich 20 Jahre für mein Studium“, erzählt Ilona Seifert Mitarbeiterin bei Gestu.

Vorbild für Gestu ist die Servicestelle für gehörlose Studierende an der Universität Hamburg, die seit drei Jahren erfolgreich existiert: „Ich kann mein Studium in der gleichen Zeit absolvieren wie hörende Studierende“, erzählt Lutz Pepping, Vorsitzender der „interessengemeinschaft der Deaf studentInnen“, stolz. Allein in Hamburg studieren mittlerweile mehr als 50 Gehörlose.



Ilona Seifert, Lutz Pepping und Barbara Hager kritisieren den enormen finanziellen Aufwand für gehörlose Studierende. Foto: Urban